DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Juni 6/94

Der Schoß ist fruchtbar noch

Am 30.5. jährt sich der Tag, an dem in Solingen 5 Menschen durch einen Brandanschlag ums Leben kamen. Unser Anliegen ist es, die abstrakte Zahl der rund 90 Todesopfer neofaschistischer Gewalt der letzten 3 1/2 Jahre begreiflich zu machen, wegzukommen von dem leicht verdrängbaren Zahlenspiel, die Erkenntnis zu wecken, daß dies eben nicht nur „die" oder „jene" trifft, deutlich zu machen, wie breitgefächert eigentlich die Gruppe der Opfer neofaschistischer Gewalt ist, was Alter, Herkunft und schiere Zahl angeht.

Die DGB Kreisvorsitzende Helga Ziegert wird das soziale Klima verdeutlichen, auf dem Neofaschismus und Rassismus wachsen, der Hamburger Jurist Helmut Stein, langjähriges VVN-Präsidiumsmitglied und Leiter des Neofaschismus-Archivs den Umgang der Justiz mit dem Neofaschismus sichtbar machen. Horst Breiter (radio bremen) wird Namen aus der Liste der Opfer neofaschistischer Anschläge verlesen und seine Betroffenheit mit einem kurzen Epilog aus den Werken Brechts äußern.

Um 20.30 Uhr findet in Fortsetzung der Gedenkstunde ein Konzert im Kulturzentrum Schlachthof statt. Mit diesem Beitrag wollen der Bremer Solidaritätschor und die Gruppe Argus der 90 Todesopfer rassistischer Gewalt gedenken. Es ist zugleich ein Abschiedskonzert für das Programm Frauen und Migration.

Raimund

Gedenkstunde für die Opfer des Brandanschlags von Solingen – 30. Mai 1994 – Bremer Marktplatz Beginn um 17.00 Uhr

es sprechen: Helga Ziegert (DGB-Kreisvorsitzende), Helmut Stein (Jurist, Hamburg), Horst Breiter (radio bremen) trägt Namen aus der Liste der bislang 90 Todesopfer neofaschistischer Anschläge vor Gedenkstunden-Teilnehmer legen sich mit ihren Schildern im Carré hin

Schweigeminute

Zweiter Teil der Gedenkveranstaltung

20.30 Schlachthof, Kesselhalle
" Konzert „Frauen und Migration"

Bremer Solidaritätschor und Gruppe Argus unter Leitung von Can Tufan

Einführung Prof.Dr.Klaus Liebe-Harkort (Universität Bremen).

Der Eintritt beträgt 10,– DM im Vorverkauf, 12,– an der Abendkasse.

Aus Gründen der Solidarität mit den Opfern verzichten der Bremer Solidaritätschor und die Gruppe Argus auf ihre Gage, der Schlachthof stellt seine Räume ohne Entgelt zur Verfügung.

Dennoch fallen Ausgaben an, die u.a. mit dem Konzert bestritten werden sollen. Verschiedene Medien senden Hintergrundinformationen, z.B. radio bremen 2 die nächsten Samstage in „Daheim in der Fremde" (12–13 Uhr, UKW 88,2 MHz)

Filmabend

Die nächste **Mitgliederversammlung** der VVN-BdA Bremen findet am Montag, den **13. Juni** um **19.00 Uhr** im Landesbüro in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26 statt. Wir zeigen einen Videofilm über das ehemalige KZ Mittelbau-Dora.

Unterschiede beim Thema „Innere Sicherheit"?

Die nächste **Landesvorstandssitzung** am **27. Juni** um **19 Uhr** wird unter dem Schwerpunkt Positionen der Republikaner zum Thema „Innere Sicherheit" vergleichen mit konservativen und sozialdemokratischen Ansätzen.

Erklärung der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)

Seit einigen Jahren sehen wir mit Besorgnis die Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa: Überfälle, Morde und Wahlerfolge der Neonazis in Deutschland; Wahlerfolge der MSI in Italien; Rechtsextremismus in Frankreich und Österreich; Zunahme rassistischer Erscheinungen in den osteuropäischen Ländern und andere faschistische Tendenzen. Das erfordert gemeinsames Handeln aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte mit der Zielsetzung:

Keine Rassisten und Faschisten in das Europa-Parlament!

Vergessene Opfer

Am **1. Juni 1994** wird **Rolf Gössner** um 20.00 Uhr in der **Stadtbibliothek** am **Schüsselkorb** in einer gemeinsamen Veranstaltung der VVN-BdA Bremen und der Stadtbibliothek sein neuestes Buch „Die vergessenen Justizopfer des kalten Krieges – Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West" vorstellen. Der Autor Rolf Gössner wird einige Stellen aus dem im Konkret Literatur Verlag, Hamburg gerade erschienenen Buch vorlesen und die Möglichkeit zum Gespräch geben. Das Buch ist im Landesbüro käuflich zu erwerben.

Nur so

Italien wählte „Rechts", weil die Mitte korrumpiert und Links zerstritten und verteufelt ist. Nun muß Deutschland am 12. Juni antifaschistisch wählen

Ein Rat von Willy

Verfassung vor Gericht?

In Bremen ist nicht immer Alles anders als Anderswo

Am Montag, den 25. April 1994 lehnte die Kölner Staatsanwaltschaft die am gleichen Tag im „Spiegel" erhobene Forderung ab, gegen Franz Schönhuber Anklage wegen Beihilfe zu Brandanschlägen zu erheben. Hintergrund dieser Forderung war das Auffinden einer Mitgliederliste der „Republikaner" anläßlich einer Hausdurchsuchung bei den Brandstiftern von Bergheim bei Köln.

Zur gleichen Zeit lehnte die Staatsanwaltschaft von Landshut ab, gegen Franz Schönhuber Anklage wegen Volksverhetzung und Beleidigung des Ansehens Verstorbener zu erheben, nachdem dieser seinerseits die Mitglieder des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis und Michel Friedmann, als die schlimmsten Volksverhetzer bezeichnet hatte. Sicherlich hatte die Staatsanwaltschaft das gerade verkündete Urteil des Bundesgerichtshofs im Hinterkopf, demzufolge das öffentliche Bestreiten der Massenvergasung jüdischer Mitbürger in Auschwitz (noch) nicht als neofaschistische Propaganda zu verbieten sei. Als nicht ausreichend begründet hatte der Bundesgerichtshof ein früheres Urteil gegen den früheren NPD-Vorsitzenden Deckert aufgehoben.

War es nicht die Bremer Staatsanwaltschaft, die zur Aufhebung des Amtsgerichts-Urteils beitrug, mit dem die Tochter Wilhelm Kaisens der DVU den Mißbrauch des Namens ihres Vaters für ihre Propagandazwecke untersagen konnte? Die drei namentlich bekannten Richter des Oberlandesgerichtes trugen ja nur dem Antrag der Staatsanwaltschaft Rechnung. Angesichts einer solche Schützenhilfe für neofaschistische Positionen fragen sich viele, welche Schule solche Staatsanwälte und Richter eigentlich durchlaufen haben.

Nun das ist ein bedeutendes Stück unbewältigter Vergangenheit in den alten Bundesländern. Schon mit den Gesetz zum Art. 131 GG wurden 1953 alle Beamte wiedereingesetzt. Im Juni 1962 beschloß der Bundestag eine Amnestie für über 12 000 Richter und Staatsanwälte, darunter 670 Mitglieder des Volksgerichtshofes. Sie alle hatten ein Jahr Zeit sich zu entscheiden, ob sie weiteramtieren oder in Pension gehen wollten. Schätzungsweise hundert haben sich auf Anraten ihrer Justizminister in den Ruhestand versetzen lassen.

Nicht zu unterschätzen ist es, daß 45 Jahre Bundesrepublik auch demokratische Richter und Staatsanwälte hervorgebracht haben.

Willy Hundertmark

Nachtrag: Einen Tag nach der Veröffentlichung des obigen Flugblattes wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes veröffentlicht: die „Auschwitzlüge" ist nicht vom Grundgesetz geschützt. Gleichzeitig billigte der 2. Senat des BVG einem Buchautoren das Recht auf Meinungsfreiheit zu. Der Autor vertritt in seinem Buch die These, dem Deutschen Reich sei der 2. Weltkrieg von den Allierten aufgezwungen worden.

Der Autor dürfe sich nicht auf die Freiheit der Wissenschaft berufen, da das Buch die Erkenntnis der Wahrheit verfehle. Die Richter billigten dem Buch trotzdem den Schutz der Meinungsfreiheit zu, denn es entfalte eine komplexe Bewertung historischer Zusammenhänge. Richtig sei zwar, erkennen die Richter, daß Aufwertung und Verharmlosung der NS-Ideologie die Jugend sittlich gefährde und schlußfolgert:

„Das verfassungsrechtlich bedeutsame Interesse an einer ungestörten Entwicklung der Jugend ist unter anderem darauf gerichtet, Rassenhaß, Kriegslüsternheit und Demokratiefeindlichkeit nicht aufkommen zu lassen". (WK 27. 4. 94)

Weil die Verfassungsschützer in der unwissenschaftlichen Aneinanderreihung von Zitaten keine Thesen gefunden hätten, die unmittelbar die Jugend gefährdeten, werde das Verbot des des Buches aufgehoben. Dagegen war die Entscheidung der Bundesprüfstelle goldrichtig.

Willy

Und nun noch Magdeburg!

Verbotene Wahrheit

„In Deutschland ist es verboten, die Wahrheit zu sagen. Verboten sind Presse, Versammlungen und Demonstrationen dr Arbeiterschaft. Verboten ist die Wahl von klassenbewußten Arbeitern in die Parlamente und Betriebsvertretungen ... Und sie glauben, die sich anbahnende Einheitsfront durch Verbote, durch Terror, Gefängnis und Galgen verhindern zu können!"

Bis zu ihrer Zerschlagung und Verhaftung im September 1933 durch die Gestapo versuchten sie fünf Monate lang, Bremerinnen und Bremer zum Widerstand zu ermutigen. Im Mai/Juni 1934 standen vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht 88 KommunistInnen wegen illegalen Wiederaufbaus der Parteistruktur, Kassierung von Mitgliedsbeiträgen und der Herstellung/Verbreitung der Zeitungen „Scheinwerfer" (12 Ausgaben vom Einheitsverband der Seeleute, Binnenschiffer, Hafentransportarbeiter) und Wahrheit" (4 Ausgaben, RGO-Bezirkskomitee). Binnen 14 Tagen sollten alle gruppenweise abgeurteilt sein. In großer Aufmachung wurden die Schauprozesse von der Presse dokumentiert. Auf der Zuschauertribüne saßen vor allem Angehörige. Der größte Teil der Beschuldigten war zwischen 20 und 30 Jahre alt, von Beruf Arbeiter/Angestellte, Handwerker, Seeleute, zehn der Angeklagten waren Frauen, darunter unsere Kameradin Alma, damals die jüngste Angeklagte. Die Mehrzahl der Beschuldigten erhielt für ihre Gesinnung Zuchthaus oder Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren.

„Nur vorübergehend (habe die Lähmung der Tätigkeit durch Verhaftung führender Funktionäre) die volle Wirkung" gezeigt, erklärte die Anklage. „Eine nicht zu unterschätzende Gefahr" sahen die braunen Herren, „kamen diese Hetzblätter auch in die Hände Andersdenkender, ja sogar in das Ausland..." Für die Verurteilung wegen Hochverrats reichte es, „daß der Täter sich bewußt war, daß seine Tätigkeit irgendwie den kommunistischen Zielen zugute kam..." Aus einem Interview mit Hermann Prüser geht hervor, daß Aufrufe zur finanziellen Unterstützung der Familien ein Echo auch in der SPD fanden.

Raimund

Unwahrheit kein Argument

Am 6. Juni 1944 landeten die Westalliierten in der Normandie und eröffneten damit die schon lange geplante Westfront. Dieser Tat wird am 6.6.94 in einer Feierstunde gedacht. Nicht vergessen ist die Selbst-Einladung Helmut Kohls, er wird gerechterweise nicht an der Befreiungsfeier teilnehmen. Zum 31. August 94 werden die Truppen der Alliierten aus ganz Deutschland verabschiedet. Herr Kohl, der Spätgeborene, ordnete nun an, die Truppen der Siegermächte getrennt zu verabschieden. In der Öffentlichkeit, insbesondere in den neuen Ländern, gibt es gute Stellungnahmen für eine gemeinsame Feier. Alle Äußerungen für getrennte Feiern belegen eine mangelhafte Kenntnis der Geschichte. Die Unwahrheit, die Westruppen hätten Berlin vor der Besetzung durch „die Russen" bewahrt, wird nicht dadurch wahr, daß sie immer wieder wiederholt wird. Nur Herr Adenauer hat gedroht, den Osten bis zum Ural zu befreien. Seine Enkel haben sich noch nie vom Großvater distanziert.

Willy

N.B.: Die Herren Jelzin und Kohl verabredeten einen Kompromiß: Die Truppen der Siegermacht Rußland, werden in Berlin getrennt verabschiedet.

Anmerkung: Der geplante Abriß der Brücke von Torgau, auf der sich Sowjetische und Amerikanische Truppen die Hand reichten und damit die Befreiung Deutschlands vom Faschismus symbolisch einleiteten, ist mehr als ein Sachzwang: es ist ein systematisch geplantes Verdrängen historischer Wahrheit. Bitburg war erst der Beginn einer Entsorgung der Geschichte, die nun fundamental erfolgen soll. Hier muß Einhalt geboten werden.

Raimund

Vergessene Justizopfer

Der Bremer Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner hat im Konkret Literatur Verlag ein Buch zur Geschichte der politischen Justiz in der Bundesrepublik vorgelegt. Den Schwerpunkt der Publikation bildet die Verfolgung von Kommunisten sowie anderen Demokraten und Antifaschisten in den ersten beiden Jahrzehnten der Existenz der BRD, die in der Öffentlichkeit weitgehend verdrängt wurde. Sein Anliegen beschreibt der Autor denn auch so: „Mit dem vorliegenden Buch möchte ich versuchen, ein stark verdrängtes dunkles Kapitel westdeutscher Geschichte der Vergessenheit zu entreißen und geeignete, überfällige politisch-rechtliche Konsequenzen anzumahnen."

Das gesamte Ausmaß der staatlichen Verfolgung auf dem Höhepunkt des kalten Krieges erscheint heute geradezu unglaublich: In der Zeit von 1951–1968 gab es staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen 150 000–200 000 Personen. Eingeleitet wurden sie nahezu ausschließlich wegen gewaltfreier linksoppositioneller Arbeit. Verfolgt und bestraft wurden Gegner der Remilitarisierung, Menschen die für eine „Wiedervereinigung Deutschlands in freien Wahlen", für ein demokratisches, entmilitarisiertes und neutrales Gesamtdeutschland eingetreten waren oder weil sie deutsch-deutsche Kontakte pflegten; sie wurden kriminalisiert wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot und Beteiligung an sogenannten Ersatzorganisationen, wegen der Kandidatur bei Parlamentswahlen, ja, wegen des Tragens oder Verteilens von roten Nelken am 1. Mai oder der Organisierung von Kinder-Ferienreisen in die DDR. 7000–10 000 Kommunisten und andere Demokraten wurden zu zum Teil langjährigen Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafen verurteilt.

Brauner Justizsumpf

Gössner erinnert auch an die Durchdringung der bundesdeutschen Justiz mit blutbefleckten Nazirichtern. „Mindestens 80 der VGH-Richter und -Staatsanwälte (des berüchtigten nazistischen Volksgerichtshofs – W. G.) sind – neben vielen anderen ehemaligen NS-Juristen – nach 1949 wieder im bundesdeutsche Justizdienst beschäftigt worden und richteten erneut über die gleichen Opfer – vornehmlich über Kommunistinnen und Kommunisten. 1958/59 erschien eine vom ‚Ausschuß für deutsche Einheit' der DDR herausgegebene Broschüre mit dem Titel ‚Wir klagen an – 800 Nazi-Blutrichter Stützen des Adenauer-Regimes'. Sie enthält die Namen von 800 ehemaligen Richtern und Staatsanwälten mitsamt ihren NS- und ihren neuen Funktionen in der BRD."

Die verhängnisvollen Auswirkungen dieses braunen Justizerbes zeigen sich noch heute in harten Urteilen gegen Linke und oft mildem Umgang mit rechtsextremistischen Gewalttätern oder solchen skandalösen Urteilen deutscher Gerichte wie dem des jüngst vom Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen verkündeten, das der rechtsextremen DVU erlaubt, mit dem Namen des Alt-Bürgermeisters Wilhelm Kaisen demogogische Wahlwerbung zu betreiben. Umso bemerkens- und anerkennenswerter ist das demokratische Engagement solcher Juristen wie Rolf Gössner und Heinrich Hannover, der das Vorwort zu Gössners Buch geschrieben hat.

Gössner beschreibt die im kalten Krieg wiedererstandene Sondergerichtsbarkeit und die fragwürdigen „Wahrheits"- und Beweiskonstruktionen in Kommunistenprozessen. Er widerlegt überzeugend die Zweckbehauptungen, daß es in der Bundesrepublik keine politische Justiz und folglich keine politischen Gefangenen gegeben habe und gäbe.

Zur Beseitigung der Erblasten des kalten Krieges werden die Aufhebung des KPD-Verbotsurteils, die Rehabilitierung der Opfer der politischen Justiz sowie Entschädigungs- und Rentenleistungen angemahnt. Zu diesem Zweck schlägt Gössner vor, die Kriterien des „1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes" analog auf die Opfer des kalten Krieges/West anzuwenden. Die dazu entwickelte Argumentation stellt eine wichtige Hilfe für den Kampf der Betroffenen um ihre Rehabilitierung dar.

„Ruch der Siegerjustiz"

Die Publikation erhält ihre besondere Bedeutung durch den Zeitpunkt zu dem sie erscheint. Schwappt doch gegenwärtig unter dem Stichwort der „Bewältigung der DDR-Vergangenheit" eine neue Welle der Verfolgung von Kommunistenverund Antifaschisten durch das wiedererstandene Großdeutschland. Zehntausende Bürger der vereinnahmten DDR sind von politisch motivierten „Abwicklungen", Entlassungen, Berufsverboten, und nicht wenige von Verfolgungen durch die Justiz betroffen. Im zweiten Teil seines Buches setzt sich der Autor denn auch gründlich mit den juristischen Versuchen der Abrechnung mit der DDR-Geschichte auseinander. Er spricht vom „Ruch der Siegerjustiz" und zeigt deren Wirken besonders anschaulich am Beispiel der Verfolgung der Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Da werden Menschen wie Markus Wolf zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, die für ihren souveränen Staat nichts anderes gemacht haben als der derzeitige Bundesaußenminister Kinkel seinerzeit als Spionagechef des Bundesnachrichtendienstes für seinen Staat.

Gössner stellt denn auch zutreffend die Frage: „Soll unter dem Motto ‚Aufarbeitung der DDR-Geschichte' gleichzeitig die Idee des Sozialismus desavouiert und endgültig zur Strecke gebracht werden? ... Will sich die (Alt-) Bundesrepublik nach der deutschen ‚Vereinigung' auf Kosten des übergroß aufgeblähten Sündenbocks DDR von allen eigenen Sünden reinwaschen? Und steht zu befürchten, daß die Justiz mit ihrer antikommunistischen Tradition nun, da es um die Relikte eines verhaßten Systems geht, eine Vehemenz an den Tag legt, die an ‚Siegerjustiz' und Rache gemahnt und die sie bei der strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, besonders ihrer eigenen, so sträflich vermissen ließ?"

Der Autor plädiert für eine staatsferne Aufarbeitung der DDR-Geschichte mit ihren „Errungenschaften" und „Fehlentwicklungen" durch die Betroffenen selbst. „Die DDR-Vergangenheit, so meine Auffassung damals wie heute, sollte von den betroffenen Bürgern und Bürgerinnen selbst, weitgehend eigenverantwortlich, offen und differenziert aufgearbeitet werden; diese Aufarbeitung darf keinesfalls quasi stellvertretend – den gesamtdeutschen Gerichten und Disziplinarstellen (und schon gar nicht den Geheimdiensten) überlassen bleiben." Noch mehr angebracht schiene mir allerdings eine staatsferne Aufarbeitung der Geschichte beider deutscher Staaten, die sich gegenseitig bedingte und beeinflußte. Außerdem zeigt gerade der erste Teil des Buches, wie notwendig die Aufarbeitung der Geschichte der Alt-Bundesrepublik ist.

Das Buch Rolf Gössners stellt einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Bundesrepublik, insbesondere ihrer politischen Justiz dar. Es liefert wertvolle Fakten und Argumente für den Kampf um die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges in der Alt-Bundesrepublik und die Zurückweisung der neuen Welle politischer Verfolgungen gegen Bürger der ehemaligen DDR. Das Buch kann Antifaschistinnen und Antifaschisten nur nachdrücklich empfohlen werden.

Willi Gerns

Rolf Gössner: Die vergessenen Justizopfer des kalten Krieges – Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West, mit einem Vorwort von Heinrich Hannover, Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 1994, S. 224. Das Buch ist im Landesbüro käuflich zu erwerben. Es wird am 1. Juni 1994 um 20.00 Uhr in der Stadtbibliothek am Schüsselkorb in einer Veranstaltung der VVN-BdA Bremen und der Stadtbibliothek vorgestellt. Der Autor Rolf Gössner wird einige Stellen daraus vorlesen und die Möglichkeit zum Gespräch geben.

Die „Nationalkonservativen" – unter einem Dach mit Neonazis

Die Herren Altermann, Nennstiel und Blome, im September 1991 mit der DVU in die Bürgerschaft eingezogen, sitzen immer noch in derselben: Nur mittlerweile nicht mehr im Namen derjenigen Gruppierung, die ihnen diesen Platz verschafft hat.

Als akute Gründe für die eiligen Austritte wurden folgende bekannt: Altermann war beleidigt, daß nicht er den Fraktionsvorsitz erhielt; Nennstiel erschlich sich eine Sozialwohnung (für 930,– DM Geldbuße wurde das Betrugsverfahren eingestellt) und Blome bekam als offiziell Finanzverantwortlicher der Fraktion offensichtlich kalte Füße vor der staatlichen Revision.

Die von den Grünen bis zur CDU einmütig geübte Kritik an der „Inkompetenz" und „Korruptheit" der DVU – zweifellos vorhanden – läßt etwas wesentliches aus dem Blickfeld geraten: Dieses Trauerspiel einer neofaschistischen Fraktion wird von niemandem mehr beklagt und bedauert als von den Faschisten selber. Maßstab für die Bewertung von Politik müssen in erster Linie ihre Inhalte sein, nicht eine angeblich neutrale „Kompetenz".

Die genannte „Kritik" ist jedenfalls angekommen und die drei Herren haben eine gewisse Lernfähigkeit an den Tag gelegt. Am 14. März 1993 gründeten sie eine „Nationalkonservative Gruppe" (NK), um sich fortan um Seriösität zu bemühen.

Ihre Bürgerschaftsanträge sind betont „sachlich", ohne daß sie sich inhaltlich im Vergleich zu früher geändert hätten. Auch am äußeren Erscheinungsbild wird heftig gearbeitet:

Programm und Publikationen der NK sind vorzugsweise auf teurem und leuchtend weißem Papier gedruckt (man denke an die Massendrucksachen der DVU) und in sattem Schwarz-Rot-Gold gehalten. Man ließ sich ein neues Logo entwickeln mit lustig wehender BRD-Fahne im rechteckigen Kasten. Gerade bei diesem Logo zeigt sich nun aber ein Riß in der Fassade: Auf das deutsche Fahnengeflatter ist ein charakteristisches, schiefwinkliges, nach rechts gekipptes Dreieck gedruckt. Bei diesem handelt es sich um das Symbol der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH). Tatsächlich besteht kein Zweifel daran, daß die „Nationalkonservativen" ihre Existenz der Unterstützung der DLVH verdanken:

– So besteht das Programm der NK aus Verssatzstücken des DLVH-Programms.

– Im Infoblatt der DLVH „Die Nordlichter" wird die NK als Kontaktadresse für Bremen angegeben.

– In der Ausgabe Nr. 2 (Dezember 1993) heißt es: „Bereits am 14. März dieses Jahres hat sich in Bremen der Landesverband der DLVH gegründet, allerdings unter dem Namen „National Konservative Gruppe."

Diese Namenswahl ist angeblich aus rein wahlrechtlichen Gründen erfolgt, nämlich um den Gruppenstatus in der Bürgerschaft zu erhalten.

Die DLVH, 1990/91 gegründete intellektuellere und gleichzeitig militantere „Alternative" zu den anderen neofaschistischen Wahlparteien, ist groß darin, abgesplitterte Parlamentarier einzusammeln. Konsolidiert ist diese Partei damit aber noch nicht und ihre weitere Entwicklung unbestimmt. Erst im April ist ihre bundesweite Zeitung „Deutsche Rundschau" eingegangen.

Auffallend ist bei der DLVH die geringe Berührungsangst zum neonazistischen Spektrum, was bei einigen in der Partei aber anscheinend auch Verbotsängste ausgelöst hat. Zur Oberbürgermeisterwahl in Cottbus stellte sie zumindest keinen anderen als Frank Hübner auf, früher Vorsitzender der verbotenen neonazistischen „Deutschen Alternative".

Möglicherweise will man sich in Bremen nicht zu sehr an das Projekt DLVH klammern, um notfalls auch da den Absprung zu schaffen.

Ignatz

(Zur DLVH gibt es für 4,- DM eine gute Broschüre, die allerdings die Zustände in Bremen ausläßt: „Deutsche Liga – Eine junge Partei im Aufwind?" bei:

Antifa Dortmund-Nord c/o Taranta Babu Humboldtstr. 44, 44137 Dortmund)

Die Ungarn wählten!

Am 8. Mai 94 wählte das ungarische Volk mit Mehrheit die neue sozialistische Partei. Dafür hatte die internationale Presse viele Kommentare. Eine englische Zeitung schätzte, nachdem die Ungarn den Gulasch-Kommunismus abgelehnt hatten, hätten sie nun den Gulasch-Kapitalismus abgewählt. Es fehlte nur der Hinweis, nun benötige man nur die richtigen Lehren aus beiden abgelehnten Systemen. Vor allem sind die Erfahrungen aus dem antifaschistischen Widerstand zu beachten: Alle Kräfte bündeln, niemanden guten Willens ausgrenzen.

Willy

Bonner Regierung will 2-plus-4-Vertrag verletzen

Das Geschäftsgebahren der sogenannten Treuhand ist solange nicht aufzuklären, wie die Bundesregierung die Unterlagen nicht herausgibt. Wie bekannt, hat die Treuhand 275 Milliarden Schulden gemacht. Nun wird eine neue Verkaufsaktion bekannt. Mit einem neuen Gesetz soll die Treuhand, natürlich im Auftrage der „Bonner", das zwischen 45 und 49 beschlagnahmte Land verkaufen. „Jeder soll kaufen können, aber auch die ehemaligen Besitzer selbst. Im 2-plus-4-Vertrag ist aber festgelegt, daß die in der genannten Zeit erfolgten Enteignungen rechtens sind und nicht angetastet werden dürfen. Die Bonner Regierung behauptet, die damalige Enteignung sei von einem Unrechtsstaat durchgeführt worden. Bekanntlich wurde die DDR erst am 7. Oktober 1949, mehr als einen Monat nach Gründung der BRD, gegründet. Will die Bonner Regierung nun nach bewährter Praxis den „ehemaligen Besitzern" das enteignete Land für 1 Mark verkaufen? Das ist doch Treuhandpraxis.

W. H.

Gedenksteine mahnen und erinnern!

Ein Stein für alle Inhaftierten des KZ Esterwegen und ein Gedenkstein für Carl von Ossietzky wurden am 8. Mai der Öffentlichkeit übergeben. Der 1. Vorsitzende des Fördervereins Emslandlager, Georg Gumpert, gedachte in einer eindrucksvollen Rede der Opfer und gab einen Einblick in die jetzige Situation.

Mit seinem Dank an die Freundinnen und Freunde, die mit den Spenden diese Steine des Gedenkens ermöglicht haben, wurde die Feier beendet.

Nach einem Gang über die Lagerstraße fuhren die Teilnehmer zur KZ Gedenkstätte Bockhorst. Unter dem Titel „Befreiung am 8. Mai 1945 aller Völker Europas vom Krieg und Faschismus" wurde dort eine eindrucksvolle Feier gestaltet. Der niederländische Kamerad zog in seinem Beitrag beachtenswerte Schlußfolgerungen aus der Tatsache, daß der faschistische Staat 1945 von den Alliierten zerschlagen wurde.

Der Kamerad J. Hutter vom „Rat und Tat Zentrum" Bremen gedachte der Homosexuellen, die in den Emslandlagern mit unglaublicher Verachtung behandelt wurden. Er gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß diese Geschichte nun auch aufgearbeitet werde. Ein Kamerad vom Sachsenhausen-Komitee erinnerte nicht nur an die Vergangenheit. Er befaßte sich auch mit der Gegenwart. Nach der Niederlegung der Kränze und Blumen wurde die Gedenkfeier mit dem Lied der Moorsoldaten beendet, das vom Jugendchor kräftig unterstützt wurde. Der Chor hatte zuvor vor und zwischen den Reden Widerstandslieder gesungen.

Willy

Und immer wieder – die Justiz

Es gab in jüngster Zeit einige bemerkenswerte Prozesse wie Urteile. Vom Landgericht Wuppertal z. B. wurden am 7. 2. die Mörder von Karl-Hans Rohn verurteilt. Zwei Skinheads hatten den vermeindlichen Juden, der in Lokalen zu schnorren pflegte, auf Zuruf des Wirts erschlagen, mit Alkohol übergossen und teilweise verbrannt. Bei Senf und Wember wurde umfangreiches Material der verbotenen „Nationalen Front" entdeckt. Der Vorsitzende Richter Rolf Watty führte aus, daß die Tat „keineswegs eine normale Kneipenschlägerei" war, „sondern vielmehr eine Explosion rechtsradikalen Gedankenguts".

Beim Landgericht Dortmund stehen nun mit Christian Sennlaub und sechs anderen erstmals Neonazis wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht. Die Anklage wirft ihnen die Schaffung von Pogromstimmung und Bandenbildung vor. Fremdenfeindliche Parolen sieht sie als Anschlag auf den öffentlichen Frieden und die innere Sicherheit. Es könnte zu einem richtungsweisenden Urteil kommen, falls nicht Karlsruhe Spinneweben darüber wachsen läßt. Nicht verhandelt wird, daß die Täter „die Parolen und Schriften der NF und NO, der FAP und der Deutschen Liga in die blutige Tat umgesetzt haben", wie die VVN-BdA NRW schreibt. Anders dagegen das OLG München. Das auch das Recht eine Wertfrage sein kann, mußte die Passauer Schriftstellerin und Geschwister-Scholl-Preisträgerin Anna Rosmus kürzlich erfahren. Textstellen ihres jüngsten Werks „Wintergrün" behandeln Zwangsabtreibungen ohne Narkose an mindestens 220 polnischen und ukrainischen Zwangsarbeiterinnen kurz vor der Entbindung. Dafür kassierte der Passauer Arzt Franz-Maria Clarenz 50 RM pro Abtreibung. Nicht etwa weil die Angaben unwahr seien, sondern wegen der „postmortalen Persönlichkeitsrechte" des vor 28 Jahren verstorbenen Arztes seien diese Textstellen zu streichen.

Richard Keßler

Skandale für Deutschland

F.J. Strauß habe doch schon immer Skandale gemacht, meinte Herr Stoiber, Ministerpräsident der Bayern. Der Kanzler H.Kohl meint, sein Freund habe große Verdienste um Deutschland. Eben ist der Saubermann von Japan nach 8 Monaten Regierungszeit zurückgetreten, weil er sich hat bestechen lassen und dabei merkte, in der Freien Marktwirtschaft kann die Bestechung nicht abgeschafft werden.

Meine Meinung: Nachdem der Ministerpräsident von Brandenburg immer noch nicht wegen der Stasi gekippt werden konnte, kommt nun ein Neuer. Ein Orthopäde namens Johann Hellinger klagt, Herr Stolpe habe ihm auf Anweisung der Stasi eine neue Arbeitsstelle beschafft. Und die Stasi wollte ihn partout behalten, weil er ein guter Fachmann ist. Da er aber lieber D-Mark und zwar viel verdienen wollte, war er eben Regimekritiker. Eigentlich müßte Herr Stolpe heute noch gelobt werden, weil er sich dafür eingesetzt hat, daß Herr J. H. seinen ärztlichen Eid da zu erfüllen hat, wo ihn das Leben hingestellt hat, und nicht, wo angeblich das meiste verdient wird. Auch ein Lob dem Staat, der sich darum sorgte, daß seine guten Ärzte bei ihm bleiben. Letzten Endes hatte der Staat auch seine Ausbildung bezahlt. Weil Willi Lemke ein Doppelagent war, darf er nicht gefeuert werden, er ist eben ein prima Manager, na bitte.

Willy Hundertmark

Wider das Vergessen – Zeugen des Holocaust mahnen

Kürzlich sagte mir ein Redakteur der taz, er lehne es ab, Erinnerungen von KZ-Überlebenden zu besprechen. Sie seien „nicht interessant genug". Wir sehen in diesem Desinteresse ein schlimmes Zeichen. Leichtfertig wird jenen Kräften in die Hände gearbeitet, die seit langem die deutsche Geschichte entsorgen. Zwischem dem Anwachsen des Rechtsextremismus und dem gedankenlosen, oberflächlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit besteht ein innerer Zusammenhang. Wo die schwere, todbringende Krankheit des Hasses nicht ernst genommen wird, bleibt sie gegenwärtig, sind Aufmärsche von Neonazis, Rechtsextremisten und Deutsch-Völkischen Alltagserscheinungen, werden jüdische Friedhöfe geschändet, Synagogen in Brand gesetzt, Menschen ermordet. Je mehr „vergessen" wird, desto wichtiger die Erinnerung. Drei Bücher, jüngst im Bremer Donat Verlag erschienen, sollten gelesen werden. Renata Laqueurs „Schreiben im KZ" zeigt die Lagerwelt in all ihren Dimensionen auf. Die von ihr untersuchten KZ-Tagebücher behandelt sie als literarische Leistungen, die dem Grauen der KZ abgetrotzt sind. An keiner Stelle verfällt sie dem verlogenen Jargon der Betroffenheit und Gefühlsduselei. Daß sie nicht übertreibt, verdeutlicht Walter Ferbers Bericht „55 Monate Dachau". Stichwortartig schildert er, was er in Dachau und Flossenbürg erlebt hat (Aufbau des Lagers, Tagesordnung, Arbeit, SS-Verbände, Fluchtversuche, Todesursachen, Auspeitschungen, Kreuzigungen etc.). Die Knappheit und die unmittelbare Nähe des Geschehens, die in jeder Zeile spürbar wird, erhöhen den Eindruck des Authentischen. Ferber, der zu den frühen NS-gegnern gehört, lebt heute – 86jährig und weithin vergessen – in der Schweiz. Von den Nazis verfolgt, wurde auch Zenek Maor. In Ghettos verschleppt und von Lager zu Lager getrieben, hat er alle Stufen der Nazihölle durchlaufen. Sein Buch „Von Auschwitz nach Haifa" berichtet von den Leiden eines jüdischen Jungen, der selbst auf dem „Todesmarsch" den Willen und die Hoffnung zu überleben nie verloren, nie den Glauben an eine bessere Welt aufgegeben hat. Dem Vernichtungswahn der Nazis stellt er seine Würde und Humanität gegenüber – eine Mahnung und eine Antwort auf die bis heute ungelöste Frage, wie in Deutschland mit der Erfahrung von Auschwitz umzugehen ist.

Felix von Bothmer

Anmerkung: diese drei besprochenen Bücher sind im Donat Verlag, Borgfelder Heerstr. 29 in Bremen erschienen und im Landesbüro käuflich zu erwerben. Renata Laqueur: Schreiben im KZ – Tagebücher 1940–1945; 24,80 DM Walter Ferber: 55 Monate Dachau – Ein Tatsachenbericht; 19,80 DM Zenek Maor: Von Auschwitz nach Haifa – Erinnerungen eines polnischen Juden; 24,80 DM

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ______

Straße ______

PLZ, Ort ______

Telefon ______

Geburtsdatum, Ort ______

Beruf ______

Bremen, den ______

Unterschrift ______

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Geburtstage im Juni

Lore Lieberum	2.6., 67 J.
Horst Hackenbroich	2.6., 80 J.
Theo Wattenberg	14.6., 85 J.
Hermann Gautier	25.6., 74 J.
Marta Minder	27.6., 70 J.
Inge Breidbach	27.6., 66 J.
Hanna Erdmann	30.6., 96 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Kein Einwanderungsland?

In der 216. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. März erklärte der parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner: „...wir haben nie bestritten, daß Zuwanderung stattfindet. Aber wir haben immer darauf hingewiesen, daß der Begriff Zuwanderung nichts mit der Definition der Bundesrepublik Deutschland als sogenanntes Einwanderungsland zu tun hat".

7,7 % unserer Bevölkerung leben aber nicht nur begrifflich hier, sie sind ein Teil unserer Bevölkerung, immerhin über 4,5 Millionen Menschen, großenteils hier geboren und aufgewachsen. Sie sind keine soziale Verschiebemasse, die beliebig über Grenzen verschoben werden kann.

Seit dem 5.3.93 gibt es eine Dienstanweisung, aus dem Hause Blüm an alle Arbeitsämter, nach der die Erteilung und Verlängerung der allgemeinen Arbeitserlaubnis für Arbeitnehmerinnen aus Nicht-EU-Ländern auf äußerte erschwert werden soll. Wenn die befristete Arbeitserlaubnis ausläuft, können sie sogar ihren ungekündigten Arbeitsplatz verlieren. Werden sie Arbeitslosenhilfe- oder Sozialhilfepflichtig, kann dies die Ausweisung bedeuten, selbst nach 7, 12 oder gar 19 Jahren rechtmäßigen Aufenthalts.

Ein Flüchtling aus Bangla Desh, der mit seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern seit mehr als 7 Jahren in Wiesbaden lebt erzählte, seit Aufhebung des Arbeitsverbotes für Flüchtlinge habe er immer gearbeitet, benötige aber nun eine Verlängerung für seine auslaufende Arbeitserlaubnis. Das Arbeitsamt habe ihm erklärt, es werde etwa 6 Wochen lang überprüfen, ob arbeitslose Deutsche oder EU-Angehörige seinen Arbeitsplatz einnehmen könnten. Er lebe in großer Angst dadurch seinen ungekündigten Arbeitsplatz zu verlieren.

In Bremen leben 15000 Menschen mit dem begehrten B-Schein für eine Sozialwohnung. Nicht jeder Berechtigte erhält ihn. Es kommt auf die Papiere an. Wer eine Aufenthaltsbefugnis hat, geht ohne besondere Zustimmung der Ausländerbehörde leer aus. Wer gar nur eine Aufenthaltsgestattung oder bloß eine Duldung besitzt, geht. Es genügt nicht nur lange hier zu leben, es muß einem auch erlaubt werden. Der Lebensmittelpunkt für Studenten oder Flüchtlinge ist eben nicht unbedingt da, wo man lebt, sondern da, wo man leben gelassen wird.

Raimund

Was die Bremer NPD ihren Mitgliedern vorenthält

(siehe „Bremer Kurier", NPD Mitgliederblatt Nr.1/94)

Mit der Bremer DVU geht es weiter bergab. Zuerst hat sie unter dubiosen Umständen drei Abgeordnete in der Bürgerschaft verloren. (Siehe den Artikel über die „Nationalkonservativen") Nun ist auch die Grundlage des bisherigen Erfolges weggebrochen, der auch in Bremen auf der Nutzung der Organisationsstruktur der NPD beruhte. In der NPD sah man sich nicht zu Unrecht als „ausgebeutet". Mit dem Tode des NPD'lers Karl-Heinz Vorsatz, der bis zuletzt an einem Bündnis festhielt, in dem er selber schon lange nichts mehr zu sagen hatte, und der besonders miserablen Leistungsbilanz der DVU-Fraktion, ist die Ernüchterung auch in Bremen vollkommen. Wir zitieren aus dem neofaschistischen Informationsdienst „DESG-inform" (Ausgabe 2-3/94): "Der Landesparteitag der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" in Bremen wählte den 26jährigen Schornsteinfeger Matthias Jörger zum neuen Landesvorsitzenden. Die NPD kündigte dann das bis dahin noch bestehende Wahlbündnis mit der DVU. Das sogenannte „Bremer Modell" sei spätestens mit den „Postwurfkandidaten" Dr.Freys gescheitert. In Zukunft will sich auch die Bremer NPD wieder eigenständig an Wahlen beteiligen".

Ignatz

Südafrika überwindet Rassentrennung!

Am 9. Mai 94 wurde Nelson Mandela zum 1. Präsidenten der Republik Südafrika gewählt. Nach der Einführung in das Amt am 10. Mai erließ er wichtige Verordnungen, darunter eine Amnestie für wegen ihres Einsatzes für die Beseitigung der Rassentrennung Verfolgten und Verurteilten. Es waren Verordnungen nach Augenmaß. Seine Regierung ist eine der Rehabilitierten, seine Mahnung, vor dem Mißbrauch der Macht ist ein Appell an die Ungeduldigen und Ablehnenden, nicht von dem erfolgreichen Weg des Überzeugens abzuweichen. Viel Geduld wird notwendig sein, beim Aufbau eines neuen Staatsapparates und einer Wirtschaft mit Arbeit für alle.

Willy

Gewalt löst keine Probleme!

Wenn diese Zeilen die Öffentlichkeit erreichen, sind sicher weitere Schritte erfolgt beim Ausbau von Palästinas Autonomie. Der Weg zum ersten Schritt war nicht leicht, die weiteren Maßnahmen werden nicht leichter sein. Zu lange wurde die Einsicht vermißt, daß die Palästinenser ein Recht auf ein eigenes Staatswesen haben. Zu lange wurde der Dialog vermißt. Diese Tatsache war aus dem Alleinanspruch Israels erwachsen. Andererseits haben die Palästinenser auch keinen Anhaltspunkt für einen Dialog gesehen. Erst der Bruch der Freunde in den USA eröffnete den jetzt begonnenen Weg. Es ist noch schwere Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Regierung und Freunde Israels haben da wohl die schwerste Aufgabe zu meistern. Sie müssen gegen die lange gepflegte Überzeugung wirken, Israel sei gleich Palästina. Wenn erst die vereinbarten Maßnahmen erfolgreich durchgeführt werden, wird Arafat es leichter haben, sein Volk zu überzeugen: Es gibt keine gewaltsamen Lösungen.

Willy

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:

Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 0421/382914 · Fax: 0421/382918

montags – donnerstags 10.30 – 17.30 Uhr
freitags 10.30 – 12.30 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.30 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 19 – 21.00 Uhr der Landesvorstand

jeden 2. oder 3. Monat
im Monat von 16.00 – 18.00 Uhr:
Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 15. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)